



Fragen und Antworten: Eine europäische Strategie für Kunststoffe

Straßburg, 16. Januar 2018

Fragen und Antworten: Eine europäische Strategie für Kunststoffe

Warum brauchen wir eine europäische Strategie für Kunststoffe?

Kunststoffe sind überall, aber zu viele davon werden nur einmal genutzt, bevor wir sie wegwerfen. Sie landen in der Umwelt und verschmutzen diese. Gleichzeitig verliert die Wirtschaft so eine wertvolle Ressource.

Schätzungen zufolge verbleiben nur 5 % des Werts von Verpackungsmaterial aus Kunststoff in der Wirtschaft, der Rest geht nach einer sehr kurzen Erstverwendung verloren. Die jährlichen Kosten belaufen sich auf 70 bis 150 Mrd. EUR. Das kann sich Europa nicht leisten.

Außerdem zersetzt sich ein nicht recycelter Kunststoff erst nach Hunderten von Jahren. Eines der deutlichsten und alarmierendsten Symptome dieser durch Kunststoffe erzeugten Probleme sind die Millionen Tonnen von Kunststoffabfällen, die jährlich in den Meeren landen und in der Öffentlichkeit wachsende Besorgnis hervorrufen. Angesichts unseres Binnenmarkts für Waren handelt es sich hierbei um ein Problem, das notwendigerweise eine gemeinsame europäische Lösung erfordert.

Der Großteil der Kunststoffabfälle in Europa wird auf Deponien gelagert oder verbrannt und nicht recycelt. Selbst wenn sich die Verbraucher um Mülltrennung bemühen, ist es bei einem Großteil der genutzten Verpackungen schwierig oder sogar unmöglich, sie zu recyceln. Das gilt z. B. für dunkle Lebensmittelbehälter, die von den Scans bei der Sortierung nicht erfasst werden, oder für mit Kunststoff beschichtete Pappbecher für Kaffee.

Die EU hat bereits wichtige Schritte zur Reduzierung von Kunststoffabfällen unternommen, darunter die Festlegung von Vorschriften über Abfälle im Meer und eine deutliche Verringerung der Verwendung von Kunststofftragetaschen in mehreren Mitgliedstaaten dank der Richtlinie über Kunststofftragetaschen.

Die europäische Strategie für Kunststoffe wird darauf aufbauen mit dem Ziel, dass bis 2030 alle Kunststoffverpackungen auf kostenwirksame Weise wiederverwendbar oder recyclingfähig gemacht werden.

Dies wird auch ein wesentlicher Faktor für den Übergang Europas zu einer CO₂-armen Kreislaufwirtschaft sein und so einen spürbaren Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele für 2030 und der Klimaschutzziele von Paris leisten.

Werden neue Strategien für Kunststoffe die Wirtschaft schädigen?

Ganz im Gegenteil!

Die Kunststoffbranche in der EU ist groß: Sie beschäftigt 1,5 Mio. Menschen und erzielte im Jahr 2015 ein Umsatz von 340 Mrd. EUR. Die Kunststoffindustrie ist also für die europäische Wirtschaft von großer Bedeutung, und die Verbesserung ihrer Nachhaltigkeit kann neue Chancen für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen eröffnen.

Die Integration einer solchen komplexen Wertschöpfungskette – von Kunststoffherstellern und Einzelhändlern bis zu Verbrauchern und Recyclingunternehmen – kann für alle von ihnen nur Vorteile bringen.

In der EU bleibt das Potenzial für das Recycling von Kunststoffabfällen weitgehend ungenutzt. In Europa entstehen jährlich Kunststoffabfälle in Höhe von rund 26 Mio. t. Jedoch werden weniger als 30 % dieser Abfälle für das Recycling gesammelt. Ein erheblicher Teil davon wird nach außerhalb der EU verbracht, um in Drittländern behandelt zu werden, in denen unter Umständen andere Umweltstandards gelten.

70 % der Kunststoffabfälle wird auf Deponien gelagert oder verbrannt.

Hinzu kommt, dass die Verbrennung von Kunststoffabfällen teuer ist. Durch das Recycling sämtlicher Kunststoffabfälle weltweit könnten jährlich Energieeinsparungen im Äquivalent von 3,5 Mrd. Barrel Öl erzielt werden, ganz zu schweigen von den Auswirkungen auf den CO₂-Fußabdruck – das Recycling von 1 Mio. t Kunststoffen entspricht der 1 Mio. Autos, die von der Straße verschwinden.

Wie fügt sich die Kunststoffstrategie in die Bemühungen um eine Kreislaufwirtschaft ein?

Seit Beginn ihres Mandats hat die Juncker-Kommission aktiv daran gearbeitet, den Übergang Europas zu einer Kreislaufwirtschaft zu fördern. Die heutigen Maßnahmen sind Teil dieser Bemühungen.

Der Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft wurde im Dezember 2015 angenommen – ein klares Signal an die Wirtschaftsbeteiligten, dass die EU alle verfügbaren Instrumente nutzt, um ihre Wirtschaft umzugestalten, den Weg für neue Geschäftsmöglichkeiten zu öffnen und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Im Dezember 2015 wurden ebenfalls neue Vorschriften für Abfälle vorgeschlagen, über die die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament am 18. Dezember 2017 eine politische Einigung erzielt haben. Mit den neuen Vorschriften wird ein neues Ziel festgelegt, nämlich die Verwertung von 55 % der Verpackungsabfälle aus Kunststoff bis 2030, ein Verbot des Deponierens getrennt gesammelter Abfälle und die Festlegung strengerer Regelungen für die erweiterte Herstellerverantwortung.

Wie wird sich dies auf einzelne Bürger auswirken?

Wachsende Mengen an Kunststoffabfällen und Abfällen im Meer und deren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt zählen zu den größten Umweltbelangen der europäischen Bevölkerung. 74 % der Europäer sind beunruhigt über die Auswirkungen von Kunststoffen auf ihre Gesundheit, und 87 % sorgen sich über die Auswirkungen auf die Umwelt.

Die Kunststoffstrategie wird es den Bürgern erleichtern, Kunststoffe zu erkennen, zu trennen, wiederzuverwenden und zu recyceln, und sie wird sie in die Lage versetzen, Entscheidungen über den Kauf und die Lebensführung zu treffen, die die Auswirkungen auf die Umwelt so gering wie möglich halten. Pfandsysteme sind ein Beispiel dafür, wie Verbraucher für nachhaltige Entscheidungen belohnt werden können.

Die Kommission wird Maßnahmen ergreifen, um die getrennte Sammlung von Kunststoffabfällen auszuweiten und Alternativen zu Einwegkunststoffartikeln zu fördern (wie sie im Gaststättengewerbe und für Take-Aways verwendet werden). Ferner wird sie im weiteren Verlauf dieses Monats Maßnahmen vorschlagen, um den Zugang zu Trinkwasser zu verbessern und die Auswirkungen von Wasserflaschen aus Kunststoff zu verringern.

Die Bürger werden in die Lage versetzt, Maßnahmen zur Beseitigung von Kunststoffabfällen zu ergreifen, z. B. mithilfe des Europäischen Solidaritätskorps für junge Leute.

Gleichzeitig wollen wir bis 2030 in der Sortier- und Recyclingindustrie 200 000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Diese Maßnahmen bewirken spürbare Verbesserungen sowohl für die Lebensqualität der Europäer als auch für die Umwelt.

Was wird sich für die Kunststoffindustrie und ihre Wertschöpfungskette ändern?

Bis 2030 sollten alle Kunststoffverpackungen so gestaltet sein, dass sie recyclingfähig oder wiederverwendbar sind. Entsprechend wird die Kommission die Rechtsvorschriften für das Inverkehrbringen von Verpackungen auf dem EU-Markt überarbeiten. Im Mittelpunkt dieser Überarbeitung wird die Definition des Konzepts des "recyclingfreundlichen Designs" stehen. Ziel ist es, die Menge der anfallenden Abfälle zu verringern und zu vermeiden, dass diese Materialien achtlos weggeworfen, verbrannt oder auf Deponien verbracht werden, obwohl sie recycelt werden könnten. Dazu gehört auch die Regelung der Frage überflüssiger Verpackungen.

Einer der Gründe für die geringe Verwendung von recycelten Kunststoffen sind die Bedenken vieler Markenhersteller und Produzenten, die befürchteten, dass recycelte Kunststoffe nicht die benötigte zuverlässige, großmengige Versorgung mit Materialien mit gleichbleibenden Qualitätseigenschaften gewährleisten werden. Die Kommission wird mit dem Europäischen Komitee für Normung und der Industrie zusammenarbeiten, um Qualitätsstandards für getrennte Kunststoffabfälle und recycelte Kunststoffe zu entwickeln.

Ferner wird die Kommission mit den Verpackungsherstellern zusammenarbeiten, um sie dabei zu unterstützen, nachhaltiger und kreislauforientierter zu arbeiten (z. B. durch Lebenszyklusanalysen), und Anreize für Innovation und intelligente Design-Entscheidungen zu schaffen (z. B. durch stärker harmonisierte und effizientere Regelungen für die erweiterte Herstellerverantwortung) und diese zu belohnen.

Die Kommission fordert die Kunststoffindustrie auf, sich aktiv an diesem Prozess zu beteiligen und die Innovation in diesem Bereich weiter zu unterstützen, indem sie im Rahmen der Strategie Zusagen macht, sodass bis 2025 10 Mio. Tonnen recycelte Kunststoffe in neuen Produkten verarbeitet werden.

Wird die Kommission Finanzmittel zur Unterstützung der Kunststoffstrategie bereitstellen?

Die Verwirklichung der meisten in der Kunststoffstrategie genannten Ziele erfordert Forschung und Innovation in mehreren Bereichen und damit erhebliche zusätzliche Investitionen.

Bestehende EU-Finanzierungsinstrumente (Strukturfonds, Europäischer Fonds für strategische Investitionen, Plattform zur finanziellen Unterstützung der Kreislaufwirtschaft, Horizont 2020) werden die Unternehmen beim Übergang zu recyclingfähigeren Kunststoffen und die Mitgliedstaaten bei der Modernisierung ihrer bestehenden Abfallbewirtschaftungsinfrastrukturen auch weiterhin unterstützen. Bisher flossen mehr als 250 Mio. EUR aus Horizont 2020 in die Finanzierung von FuE in Bereichen, die für die Strategie von unmittelbarer Bedeutung sind. Bis 2020 werden zusätzliche 100 Mio. EUR zur Finanzierung vorrangiger Maßnahmen im Rahmen dieser Strategie bereitgestellt, u. a. für die Entwicklung intelligenterer und recyclingfähigerer Kunststoffe, für effizientere Recyclingverfahren und für die Beseitigung gefährlicher Stoffe und Kontaminanten aus recycelten Kunststoffen.

Darüber hinaus wird die Kommission eine strategische Forschungs- und Innovationsagenda für Kunststoffe ausarbeiten, die die Richtung für die Finanzierung von Forschung und Innovation über 2020 hinaus vorgeben soll. Diese Agenda soll alle Fragen im Zusammenhang mit der Herstellung und Verwendung von Kunststoffen regeln, einschließlich deren Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit.

Darüber hinaus wird die Kommission gemeinsam mit den Interessenträgern die potenziellen Gestaltungsmerkmale eines Privatfonds zur Finanzierung von Investitionen in innovative Lösungen und neue Technologien analysieren mit dem Ziel, die negativen Auswirkungen der Herstellung von Primärkunststoffen zu verringern.

Wie wird die Strategie zur Bekämpfung von Abfällen im Meer beitragen?

Obwohl wir von „Abfällen im Meer“ sprechen, entsteht ein beträchtlicher Teil davon an Land. Der Schwerpunkt der Strategie liegt auf der Bekämpfung der Umweltverschmutzung an der Quelle. Es geht vor allem darum, was Europa tun könnte und sollte, wie z. B. die Belastung der Umwelt durch Plastik zu vermeiden und neue Initiativen in Bereichen zu starten, in denen Lücken festgestellt wurden (wie das Entweichen von Mikroplastik aus Produkten, Einwegkunststoffabfälle, Fischereiaktivitäten und Aquakultur).

Dies wird kurzfristig zu einer Verringerung der Kunststoffabfälle in der Umwelt und mittel- bis langfristig zu einem wesentlichen Rückgang der Kunststoffmüll- und Mikroplastikmengen beitragen, die in den Meeren und an den Küsten landen.

Was ist Mikroplastik und wie wird dieses Problem angegangen?

Mikroplastik besteht aus Kunststoffpartikeln einer Größe von weniger als 5 mm. Diese landen in Oberflächengewässern und in der Meeresumwelt, weil sie entweder absichtlich in Produkten verwendet werden, um eine bestimmte Funktion zu erfüllen (z. B. Mikroperlen als Peelingsubstanzen in kosmetischen Mitteln), oder weil sie durch die Zersetzung größerer Kunststoffteile sowie durch die Abnutzung von Produkten (z. B. durch Abrieb von Reifen oder Waschen von Textilien) entstehen.

Die Kommission hat die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (im Rahmen der [REACH-Verordnung](#)) in Angriff genommen, um die Verwendung von Produkten mit absichtlich zugefügtem Mikroplastik zu beschränken.

Was die unbeabsichtigte Freisetzung von Mikroplastik angeht, so prüft die Kommission derzeit Möglichkeiten wie Kennzeichnung, Mindestanforderungen an Produktdesign und Produkthaltbarkeit, Methoden zur Bewertung der Mengen und Verbreitungspfade von Mikroplastik in der Umwelt und die Förderung gezielter Forschung und Innovation.

Was sind Einwegkunststoffe und wie wird dieses Problem angegangen?

Bei Einwegkunststoffen handelt es sich um Kunststoffartikel, die in der Regel nach einer kurzen Verwendung weggeworfen werden. Sie werden nur selten recycelt und enden oft als Müll in der Natur.

Die an Stränden am häufigsten als Abfall anzutreffenden Einwegartikel aus Kunststoff sind Zigarettenstummel, Getränkeflaschen und ihre Verschlüsse/Deckel, Wattestäbchen, Hygieneeinlagen, Tragetaschen, Chipstüten und Verpackungen von Süßigkeiten, Strohhalme und Rührstäbchen, Luftballons und Ballonhalter, Lebensmittelbehälter, Becher und Becherdeckel sowie Besteck.

Nach den jüngsten wissenschaftlichen Daten machen Einwegkunststoffe die Hälfte der Abfälle im Meer aus. Schätzungen zufolge wird es bis 2050 nach Gewicht mehr Kunststoffe als Fisch in den Meeren geben.

In der Kunststoffstrategie wird vorgeschlagen, Maßnahmen zu prüfen, mit denen gezielt gegen Einwegkunststoffartikel und andere Abfälle im Meer, darunter auch verlorene oder zurückgelassene Fanggeräte, vorgegangen werden kann. Die Vorarbeiten für eine Rechtssetzungsinitiative für

Einwegkunststoffe, die die derzeitige Kommission in Anlehnung an den für leichte Kunststofftragetaschen verwendeten Ansatz vorlegen will, haben bereits begonnen.

Die Ergebnisse einer laufenden [öffentlichen Konsultation](#) werden in die zu treffenden Maßnahmen einfließen.

Können wir nicht einfach biologisch abbaubare Kunststoffe verwenden?

Biologisch abbaubare und kompostierbare Kunststoffe können als Alternative zu konventionellen Kunststoffen eingesetzt werden.

Ohne eine klare Etikettierung oder Kennzeichnung für die Verbraucher und ohne eine angemessene Abfallsammlung und -behandlung könnten sie die Umweltbelastung durch Kunststoffeinträge noch verschärfen. In der Regel werden sie nur unter bestimmten Bedingungen abgebaut und dazu sind besondere Einrichtungen erforderlich. In den Recyclingströmen für herkömmliche Kunststoffe können sie die Qualität der Recyclate oder zu recycelnden Materialien beeinträchtigen. Werden sie achtlos weggeworfen, schaden auch sie den Ökosystemen und werden u. U. erst nach vielen Jahrzehnten abgebaut, insbesondere im Meer.

Die Kommission wird harmonisierte Regeln für die Definition und Kennzeichnung kompostierbarer und biologisch abbaubarer Kunststoffe vorschlagen, damit die Verbraucher die richtige Wahl treffen können.

Neue Vorschriften für die Kennzeichnung werden den Verbrauchern helfen, falschen Umweltaussagen nicht auf den Leim zu gehen und sich in den Fällen für kompostierbare und biologisch abbaubare Kunststoffe zu entscheiden, in denen diese die bessere Wahl sind. Die Kommission wird Lebenszyklusanalysen entwickeln, um festzustellen, unter welchen Bedingungen die Verwendung biologisch abbaubarer oder kompostierbarer Kunststoffe von Nutzen sein kann.

Was so genanntes *oxo-abbaubares Plastik* betrifft, so liegen keine Beweise dafür vor, dass dieses gegenüber konventionellen Kunststoffen Vorteile bietet. Sie sind nicht biologisch abbaubar, und ihre Zersetzung zu Mikroplastik gibt Anlass zu Besorgnis. Die Kommission wird unter Berücksichtigung dieser Bedenken mit Arbeiten zur Beschränkung der Verwendung von Oxo-Plastik in der EU beginnen.

Was ändert sich beim Recycling?

Bei etwa zwei Dritteln der Kunststoffabfälle handelt es sich um Verpackungen. Ziel der Kommission ist es, das Recycling von Kunststoffen zu steigern und alle Kunststoffverpackungen bis 2030 wiederverwendbar oder recyclingfähig zu machen.

Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission erzielten im Dezember 2017 eine vorläufige politische Einigung auf ein Ziel von 65 % bis 2025 für das Recycling von Verpackungen und von 70 % bis 2030 sowie auf ein spezifisches Ziel für das Recycling von Kunststoffverpackungen von 50 % bis 2025 und von 55 % bis 2030.

Wenn diese Ziele in der Praxis erreicht werden sollen, müssen Kunststoffe besser designt und hergestellt werden. Ferner ist eine stärkere Zusammenarbeit zwischen allen an ihrem Lebenszyklus beteiligten Akteuren erforderlich. Auch die Abfallbewirtschaftungssysteme müssen modernisiert werden.

Die heutige Situation, in der 31 % der Kunststoffabfälle auf Mülldeponien verbracht und 39 % verbrannt werden, kommt einem Verlust an wertvollen Ressourcen gleich und kann nicht hingenommen werden. Dies erfordert Investitionen in die Infrastruktur für Sammlung, Sortierung und Recycling sowie eine bessere Nachweisbarkeit von Materialien und Stoffen in Materialien, damit die richtige Recyclingtechnologie angewendet werden kann.

Regelt die Strategie auch die Frage der Kunststofftragetaschen?

Die Kommission hat bereits Maßnahmen ergriffen, um die Verwendung von leichten Kunststofftragetaschen einzudämmen.

Gemäß der Richtlinie über Kunststofftragetaschen mussten die Mitgliedstaaten bis November 2016 die am besten geeigneten Maßnahmen zur Verringerung des Verbrauchs an leichten Kunststofftragetaschen ergreifen. So soll die Verwendung von Kunststofftragetaschen bis 2017 um 50 % und bis 2019 um 80 % gegenüber dem Stand von 2010 reduziert werden.

Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, dass die in den Mitgliedstaaten bereits eingeführten Maßnahmen – ob Gebühren und Abgaben oder Zielvorgaben und Beschränkungen – sehr wirksam sind. Die Kommission wird die Maßnahmen der Mitgliedstaaten überwachen, um sicherzustellen, dass die Ziele erreicht werden.

In einer neuen [Eurobarometer-Umfrage](#) gaben 72 % der europäischen Bürgerinnen und Bürger an, ihre Verwendung von Einmalplastiktüten reduziert zu haben, 38 % von ihnen im vergangenen Jahr.

Was ändert die Kommission im Rahmen der Überprüfung der Richtlinie über

Hafenauffangeinrichtungen?

Neueren Studien zufolge stammen 20–40 % der Abfälle im Meer aus Quellen auf See. Die neue Richtlinie über Hafeneinrichtungen zur Aufnahme von Abfällen zielt darauf ab, die ins Meer geleiteten Schiffsabfälle zu verringern, indem sichergestellt wird, dass geeignete Hafenauffanganlagen vorhanden sind und diese Anlagen von Schiffen genutzt werden, die EU-Häfen anlaufen. Die Richtlinie hat einen breiten Anwendungsbereich und gilt für alle Schiffe, einschließlich Fischereifahrzeuge und Sportboote. Sie beruht auf den internationalen Verpflichtungen des MARPOL-Übereinkommens, dem Internationalen Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe.

Der Vorschlag für eine neue Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen hat ein zweifaches Ziel: Sie soll durch die Verringerung der Abfallentladungen von Schiffen die Meeresumwelt schützen und die Effizienz des Seeverkehrs in den Häfen verbessern. Dies wird durch eine weitere Angleichung an das MARPOL-Übereinkommen erreicht, mit dem eine strengere Regelung für Abfalleinleitungen eingeführt und das im Laufe der Zeit in Bezug auf andere Arten von Schiffsabfällen verschärft wurde. Ferner wurde eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen speziell auf das Problem der Abfälle von Schiffen im Meer eingegangen wird. Durch eine Kombination von Anreizen und Durchsetzungsmaßnahmen soll der Vorschlag sicherstellen, dass mehr Abfälle an Land verbracht werden, darunter Abfälle aus dem Fischereisektor wie alte Fanggeräte.

Der Vorschlag soll auch zur Kreislaufwirtschaft beitragen, indem die Auffanganlagen insbesondere im Hinblick auf den Umweltschutz angemessener gestaltet werden. Sobald die Abfälle an Land verbracht werden, finden die Grundsätze und Verpflichtungen aus dem EU-Abfallrecht Anwendung, die in Bezug auf die Bewirtschaftung von Schiffsabfällen in Häfen besser umgesetzt werden sollten. In diesem Zusammenhang wird der Vorschlag eine Verpflichtung zur getrennten Sammlung von Schiffsabfällen enthalten, insbesondere wenn solche Abfälle mit Blick auf eine Wiederverwendung/ein Recycling des Abfalls zuvor an Bord getrennt wurden.

Was ist mit Kunststoffabfällen und Abfällen im Meer aus anderen Teilen der Welt?

Chancen und Herausforderungen im Zusammenhang mit Kunststoffen betreffen die ganze Welt. Dieses Problem kann nur durch gemeinsame internationale Maßnahmen gelöst werden.

Die EU arbeitet im Rahmen der globalen Partnerschaft der Vereinten Nationen gegen Abfälle im Meer (*Global Partnership on Marine Litter*) sowie von Initiativen der G7 und der G20 aktiv an der Ausarbeitung eines gemeinsamen und koordinierten Vorgehens mit. Zuletzt trug die Europäische Union auf der Umweltversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 2017 dazu bei, dass eine Reihe internationaler Verpflichtungen beschlossen wurden, um das Problem der Vermüllung der Meere und das Biokunststoffproblem zu lösen.

Im Rahmen der von der Europäischen Union geleiteten Konferenz „Unsere Ozeane“ im Oktober 2017 haben öffentliche und private Akteure aus 112 Ländern mehr als 7 Mrd. EUR für eine bessere Bewirtschaftung der Meere zugesagt. Dies wird die Meere gesünder und sicherer machen und die blaue Wirtschaft wachsen lassen.

Auch bei der Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels 14 für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen und anderer Ziele im Zusammenhang mit dem Problem der Umweltbelastung durch Kunststoffe, wie Ziel 12, mit dem nachhaltiges Konsum- und Produktionsverhalten erreicht werden soll, muss die EU die Führungsrolle übernehmen.

MEMO/18/6

Kontakt für die Medien:

[Enrico BRIVIO](#) (+32 2 295 61 72)

[Iris PETA](#) (+32 2 299 33 21)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)